

Sirtaki-Klänge

*Griechischer Wein, aber leider alles andere als ein Genuss.
Hannes Androsch sieht den geschützten Bereich in Österreich
auf griechischen Abwegen, wenn wir uns nicht schleunigst
reinen Wein einkaufen und die Ausgaben-Notbremse ziehen.*

Text: Wolfgang Wildner & Wolfgang Schöber, Fotos: Oliver Wolf



„Es besteht ein Missverhältnis zwischen qualifizierten Leistungsträgern und der Tatsache, dass 2,7 Mio. Menschen gar keine Lohn- und Einkommenssteuer zahlen.“

Hannes Androsch, Industrieller



Er darf mittlerweile als einer der sich nicht gerade exponentiell vermehrenden Charakterköpfe des österreichischen öffentlichen Lebens gelten. Hannes Androsch, unter Bruno Kreisky Finanzminister und Vizekanzler, 1981 abgetreten, danach CA-Chef, schließlich seit den frühen 1990er-Jahren Industrieller mit namhaften Firmenbeteiligungen auch in der Steiermark (AT&S, Salinen). Mit allen Wassern gewaschen, durch viele Mühlen gegangen – einer, der mit seiner Meinung nie hinter dem Berg hielt. Im BUSINESS-Monat-Gespräch im Grazer Café Promenade lassen Androsch Versuche, ihm Aussagen über Nachfolger und andere Politiker zu entlocken, gänzlich uneindrückt. Umso schärfer seine beinahe schon als Breitseiten zu bezeichnenden Aussagen über verkrustete Strukturen und überzogene Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat. Kindeswegelung?

„Menschliche Natur, Übertreibungen, Hybris, Gier und Dummheit – wenn dieses Gemisch die kritische Menge erreicht, explodiert es.“

BUSINESS Monat: Herr Dr. Androsch, es heißt immer wieder, die Verursacher sollen für die Krise zahlen? Wer oder was hat die Krise verursacht?

Hannes Androsch: Es gab Marktversagen, Staatsversagen und menschliches Versagen, denn die Gier hat sich bei Einzelnen genauso wie bei Kommunen und Institutionen gezeigt. Ursachen gibt es viele. Die liegen unter anderem in der menschlichen Natur, in Übertreibungen, in Unterlassungen, in Hybris, Gier und Dummheit. Wenn dieses Gemisch die kritische Menge erreicht, explodiert es.

Stimmen, die vor einer Überstrapazierung der Staatshaushalte warnten, gab es ja schon zu Ihrer Zeit als Finanzminister und Vizekanzler.

Das kann man nicht vergleichen. Die öffentlichen Haushalte waren, abgesehen vom amerikanischen, vergleichsweise noch grundsolide. Da-

nach hat sich das Weltfinanzsystem zunehmend vom realwirtschaftlichen Geschehen entkoppelt. Quantität und Qualität der Haushalte haben sich in den letzten 20 Jahren zunehmend verschlechtert. Konsum- und Transferausgaben, Subventionen und Besoldungsaufwendungen sind zulasten von Zukunftsausgaben und -aufgaben immer mehr gestiegen und wurden zunehmend auf Pump finanziert. So war das Keynes'sche Defizit Spending sicher nicht gemeint. Der Wohlfahrtsstaat ist zwar eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts, aber man muss ihn aus laufenden Einnahmen finanzieren und darf ihn nicht überladen, überfordern, überdehnen und schon gar nicht mit legalem Missbrauch belasten. Und dabei auch noch die demografische Zeitenwende übersehen. Da tickt eine Zeitbombe sowohl für die öffentlichen Haushalte als auch für den Arbeitsmarkt. Wenn man nicht genug Arbeitsvolumen hat, darf man nicht erwarten, dass man eine Wohlstandssteigerung erwirtschaften kann. Ohne Wachstum aber werden wir die notwendige Budgetkonsolidierung nicht erreichen. Und da muss man wieder darauf achten, dass wir uns den Ast, auf dem wir sitzen, nicht selbst abschneiden, indem wir Zukunftsbereiche wie Bildung und Forschung budgetär austrocknen.

Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt?

Salopp formuliert kann man das so ausdrücken.

Und alle haben zugeschaut.

Mitgemacht. Denken Sie an die exorbitante Progression bei der Lohn- und Einkommenssteuer. Da besteht sicher ein Missverhältnis zwischen Leistungsträgern, vor allem qualifizierten Leistungsträgern, und der Tatsache, dass ca. 2,7 Mio. Menschen überhaupt keine Lohn- oder Einkommenssteuer zahlen. Die Strukturen haben sich verschlechtert und das müssen wir korrigieren – rechtzeitig, wenn wir nicht den griechischen Weg einschlagen wol-





Hannes Androsch

Geboren:

18. 4. 1938 in Wien,
Hochschule für
Welthandel, Diplom-
kaufmann, Doktor,
Steuerberater und
Wirtschaftsprüfer.

Politik:

1970–1981 Finanzmi-
nister, ab 1976 auch
Vizekanzler.

Wirtschaft:

1981–1988 CA-Gener-
aldirektor, danach
Weltbank-Konsulent.
1989 Gründung der AIC
Androsch International
Management Consul-
ting, ab 1994 Aufbau
einer industriellen
Beteiligungsgruppe (Sa-
linen, AT&S-Leiterplat-
ten, bwin). Zahlreiche
Aufsichtsrats- und
Ehrenfunktionen,
österreichischer Regie-
rungskommissär der
Expo 2020, Shanghai.
www.androsch.com

➤ len. Gerade im geschützten Bereich, der sich wesentlich von dem im Wettbewerb stehenden ungeschützten Bereich unterscheidet, sind die Sirtaki-Klänge aus allen möglichen Ecken immer lauter zu hören.

Ein paar Beispiele?

Es kann nicht sein, dass ein Stahlarbeiter, der pendelt und im Schichtbetrieb hart arbeitet, letztlich nicht viel mehr in der Tasche hat als ein Arbeitsloser, der vielleicht gar nicht so bestrebt ist, wieder eine Arbeit zu finden, oder einer, den man mit 40 oder 50 in die Frühpension schickte oder gehen ließ. Und es kann nicht sein, dass sich das Dienstrecht, zum Beispiel bei Landesbediensteten, so privilegiert von anderen Beschäftigten unterscheidet. Wir haben 100.000 ausländische Pflegerinnen und 80.000 Deutsche, die im Tourismus arbeiten. Die sind uns ja durchaus willkommen, aber gleichzeitig haben wir 400.000 Arbeitslose. Da funktioniert die Arbeitsmarktpolitik offenbar nicht. Viele Jugendliche finden keine Lehrstelle und gleichzeitig haben wir einen Überhang an Lehrstellen. Der Grund ist, dass 20 Prozent der Abgänger von polytechnischen Lehrgängen praktisch funktionelle Analphabeten sind. Warum haben wir in jeder Landeshauptstadt ein Militärkommando? Warum haben wir Bezirksschulbehörden, die niemand braucht? Warum haben wir wegen eines paralyisierenden Dienstrechts für 11.000 Grundwehrdiener, von denen 3.000 militärisch einsetzbar sind, 24.000 Verwaltungsbeamte? Die Schweizer haben 8000. Die Differenz von 16.000 kostet uns eine Milliarde Euro. Die Schweiz kommt mit einer Steuerquote von 30 Prozent aus, wir haben 43,5 Prozent. Wir haben alle paar Ki-

lometer ein Spital mit teuren Medizingeräten, die dort gar nicht entsprechend genutzt werden, und viel zu viele Akutbetten. Es gibt eine Fülle solcher Baustellen. Da hat man zu lange weggeschaut und Vogel Strauß gespielt. Die Krise hat das nicht verursacht, sondern an die Oberfläche gebracht. Und dann noch die demografische Wende. 2014 werden mehr Menschen in den Ruhestand gehen, als in den Arbeitsmarkt eintreten.

Hat zum Beispiel die Sozialdemokratie Rezepte, um mit dieser Situation fertig zu werden?

Patentrezepte hat überhaupt niemand. Aber es gibt ja genug internationale Gremien, die schon lange auf diese Entwicklung hinweisen – vom Währungsfonds über die OECD bis zu den Zentralbanken und allen möglichen Wirtschaftsforschungsinstituten. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Es ist ja nicht so, dass man nicht wüsste, was man tun soll. Aber man hat nicht die Kraft, es umzusetzen. Daher sind die Realitäts- und Reformdefizite beinahe noch größer als die Defizite in den öffentlichen Haushalten. Es gibt ein Einsparungspotenzial von 20 Milliarden und man kann nur hoffen, dass das Diktat der leeren Kassen ein strenger Zuchtmeister ist und endlich das getan wird, was längst notwendig war, um die Fehlentwicklungen der letzten 20 Jahre zu korrigieren.

Die Herausforderung bleibt aber, durch den Sparkurs die Belebung nicht völlig abzuwürgen, oder?

Man muss beim Kürzen öffentlicher Leistungen schon aufpassen, dass es dann nicht heißt: „Zu Tode gespart ist auch gestor-

„Gerade im geschützten Bereich sind die Sirtaki-Klänge aus allen möglichen Ecken immer lauter zu hören.“

ben.“ Es wird eine Doppelstrategie geben müssen: Vergeudungen und Ineffizienzen beseitigen und in zukunftsorientierten Bereichen sogar mehr Gas geben. Aber beim Dienstrecht zum Beispiel – egal ob bei den Lehrern, den Bundesheerangehörigen, den Bundesbahnbediensteten oder den Postlern –, da müssen wir versteinerte Strukturen aufbrechen. Denn das, was wir jetzt haben, ist weder sozial noch solidarisch, noch entspricht es der sozialen Gerechtigkeit. Wie kommen die Menschen im ungeschützten Bereich dazu, das zu erwirtschaften, was zum Teil im geschützten Sektor vergeudet und verschleudert wird? Oder bei den Gemeindegrößen: Unsere Gemeinden sind viel zu klein und daher viel zu kostenaufwendig. Wenn wir sie nicht zusammenlegen, dann doch wenigstens die Verwaltungen. Wenn das die Dänen schon gemacht haben und die Schweizer tun, dann können wir uns dem doch nicht verweigern.

Woher soll der Mut zu solchen Maßnahmen kommen?

Wenn sie Karies haben, müssen Sie sich ja auch einen Ruck geben, um zum Zahnarzt zu gehen. Dort werden beim Bohren ja keine Glückshormone ausgeschüttet. Aber es ist einfach notwendig und je länger man wartet, desto schwerwiegender wird das Problem.

Ohne Verzicht wird es wohl nicht gehen.

Wenn man in bestimmten Körperteilen fett angesetzt hat, was ja für die Gesundheit insgesamt schädlich ist, und man danach trachtet, das zur Verbesserung der Gesundheit und der Fitness wegzubekommen, dann ist das ja kein Verzicht. Es mag vielleicht die Kur ein bisschen anstrengend sein, aber einer solchen Kur werden wir uns im wohlverstandenen eigenen Gesundheitsinteresse unterziehen müssen.

Es gibt Opinion Leader, die das Ende des Mittelstandes heraufdämmern sehen.

Das ist eine ziemliche Übertreibung. Es ist ja nicht so, dass der Mittelstand nichts hat. Es wird immer einige wenige geben, die, aus welchen Gründen auch immer, viel haben, aber die machen das Kraut nicht fett. Es geht darum, dass es Wohlfahrt und Wohlstand für alle gibt. Da darf niemand zurückgelassen werden. Aber es muss uns klar sein, dass wir das auch erwirtschaften müssen. Man kann nicht verteilen, was man nicht erwirtschaftet hat. Eines müssen wir wissen: Wer nicht sät, wird nicht ernten. Mit dem Säen meine ich Zukunftsaufgaben und die Mittel dafür.

Wird anderswo mehr gesät als in Europa?

Europa hat drei große Probleme: eine alternde und schrumpfende Bevölkerung, überlastete Haushalte, vor allem Sozialhaushalte, und eine zu geringe wirtschaftliche Dynamik. Man muss schon sagen, dass wir in Europa vielleicht ein bisschen zu sehr wohlstandsinduziert, selbst-



zufrieden und in vielerlei Hinsicht selbstgefällig geworden sind. Man sollte sich an die alte Weisheit der Bibel erinnern: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen. Das moralische Recht auf Arbeit schließt auch die moralische Pflicht ein, zu arbeiten.

Die chinesische Dynamik wird hier häufig als Bedrohung wahrgenommen.

Erstens einmal ist China eine Riesenchance. Wären wir zum Beispiel mit AT&S 2001 nicht nach China gegangen, wären wir entweder überhaupt schon vom Markt verschwunden oder weit zurückgefallen.

Wird uns die chinesische Dynamik aber nicht trotzdem Wohlstand kosten?

Das kommt darauf an, was wir daraus machen. Wenn wir die Hände in den Schoß legen und glauben, in einer Wolke zu leben, werden wir Opfer unserer eigenen Illusion werden. Wir müssen leistungsfähig und konkurrenzfähig sein, wettbewerbsfähig bei den Lohnstückkosten, bei Produktivität, Innovation und Qualifikation. Und das ist auch eine Frage unserer Leistungsbereitschaft.

China ist ja alles andere als eine Demokratie.

Als Oberlehrer werden wir ihnen das aber auch nicht einimpfen können. Die Chinesen müssen ein Riesenreich in Harmonie zusammenhalten. Es gibt auf der unteren, auf der lokalen Ebene zunehmend demokratische Verfahren. Wie sich das dann nach oben hin weiterentwickelt, wird man sehen. Aber eine so tolle und lange demokratische Vergangenheit haben wir ja auch nicht, oder? Und das gilt auch für die Menschenrechte. Wenn ich mir den jüngsten Amnes-





ty-Bericht über Österreich anschau – das ist nicht gerade eine menschenrechtliche Lobeshymne. Vor allem der Umgang mit Asylanten entspricht eher seelischer Folterung. Woher wir das Recht nehmen, als moralische Kreuzritter aufzutreten, muss man auch einmal hinterfragen. Ich habe bei einer Expo-Pressekonferenz in Shanghai zu diesem Thema gesagt: Abu Ghuraib und Guantanamo sind Orte, die, soweit mir bekannt ist, nicht in China liegen.

Kann man Wettbewerbsfähigkeit denn nur über eine Verschärfung der Klassengegensätze erreichen?

Nein, überhaupt nicht. Was soll denn das für ein Klassengegensatz sein zwischen geschützten und ungeschützten Sektoren, überprivilegierten und überzogenen Verwaltungsbereichen und im Wettbewerb stehenden Industriebetrieben, KMU, Tourismus- und Landwirtschaftsbetrieben? Das ist ein Missverhältnis, aber ich würde das nicht mit dem Klassenbegriff aus dem 19. Jahrhundert beschreiben.

Der Sozialdemokratie wird gerne die Wirtschaftskompetenz abgesprochen. Sie sind Sozialdemokrat und Industrieller. Welche ökonomische Erkenntnis haben Sie aus Ihrem Leben gewonnen?

Wirtschaftskompetenz kann ich heute nicht unbedingt bei irgendeiner Partei in Europa oder Österreich wahrnehmen. Ich möchte es so formulieren, wie es wohl jeder versteht: Mit wirtschaftlichen Aktivitäten muss man Geld verdienen und nicht Geld verlieren, denn der Verlust ist der größte Feind des Arbeitsplatzes und wird nicht nur vom Markt bestraft, sondern führt einen auch direkt zum Konkursrichter.

Mit AT&S und den Salinen haben Sie starke wirtschaftliche Interessen in der Steiermark.

Wie beurteilen Sie den Standort?

Die Steiermark hätte mit ihrer industriellen Tradition und durch die Tatsache, dass sie ein ausgeprägter Wissenschaftsstandort ist, die größten Chancen. Nur wird das meines Erachtens noch bei Weitem nicht genug genutzt. Wenn man sich Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstitutionen ansieht, müsste vor allem im Bereich der Umsetzung noch viel mehr möglich sein. Man bringt noch bei weitem nicht alles auf die Straße, was an Potenzial da ist.

Was wird die größte Herausforderung für den nächsten steirischen Landeshauptmann sein?

Sicher auch die Redimensionierung und Restrukturierung des öffentlichen Haushalts, die Reform des Spitalswesens und der Verwaltung. Und schließlich die Herausforderung, das Potenzial an wissenschaftlichen Institutionen und Kapazitäten in arbeitsplatzwirksame und wohlstandschaffende Aktivitäten umzusetzen.

Und Geschenke verteilen?



„Schleunigst Reformen!“

Hannes Androsch im BUSINESS-Monat-Interview mit Wolfgang Schober und Wolfgang Wildner (v. r.).

Das Geschenkeverteilen ist ja ein Unfug, wie man zum Beispiel in Kärnten feststellen konnte. Die Herausforderung der Zukunft kann ja nicht sein, Leckerli zu verteilen, sondern den Menschen die Grundlagen zu geben, dass sie selbst ihren Lebensweg erfolgreich gestalten können.

Hat die Europäische Union in der Krise einen Vertrauensverlust erlitten?

Die EU ist ein Erfolgsmodell. Behindert wird sie ja nur von den einzelnen Mitgliedsstaaten, die sich für ihre eigenen Fehler und Unterlassungen auf die EU ausreden. Die europäische Integration ist ein riesiges Friedensprojekt, das zu einer unglaublichen Erfolgsgeschichte wurde. Die Mitgliedsländer sind auch wirtschaftlich zusammengewachsen. Das hat uns einen Wohlstand gebracht, den es vorher nie gegeben hat. Dazu beigetragen hat sicher der gemeinsame Binnenmarkt. Zum Binnenmarkt kam die Währungsunion mit dem Euro. Was wir allerdings verfehlt haben, sind die Lissabonziele. Das zurückliegende Jahrzehnt war das wachstumsschwächste seit 1945. Wenn wir nicht die richtigen Maßnahmen setzen, haben wir allerdings nicht nur ein schwaches Jahrzehnt hinter uns, sondern ein verlorenes vor uns. Was wir zu dieser Währungsunion also brauchen, ist ein Mindestmaß an Finanz- und Wirtschaftsunion und in weiterer Folge eine politische Union, weil wir sonst zum Spielball auf der wirtschaftlichen und politischen Weltbühne werden.

Also ein europäischer Staat?

Wenigstens diese Richtung.

Ist der Euro Ihrer Ansicht nach gerettet?

Der Euro wurde mit einem Kurs von 1,18 zum Dollar eingeführt, ist dann auf 0,82 gesunken, dann fast auf das Doppelte, nämlich 1,57 gestiegen, was viel zu hoch war. Jetzt ist er auf einem erträglichen Niveau, mit dem man auch exportbezogen gut leben kann. Eine angemessene Kursbandbreite läge meiner Einschätzung nach zwischen 1,15 und 1,25.

Und wenn die Währungsunion zerbricht?

Dann machen wir aus einem Schlachtschiff wieder Nusschalen und schaukeln bei vollem Wellengang auf hoher See.

Manche prophezeien uns eine Inflation.

Unter den gegebenen Bedingungen, wo wir noch immer eine sehr schwache Konjunktur haben, ist für die nächsten Jahre mit einer Inflation, selbst wenn jemand sie sich zur Reduktion der Schulden wünschen würde, meiner Einschätzung nach nicht zu rechnen. []